

Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung

Kößler, Reinhart

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kößler, R. (2018). Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 38(3), 472-482. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Reinhart Köbler

Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung

Ja mach' nur einen Plan ...
Bertolt Brecht

Pläne sollen Raum und Zeit überschaubar und verfügbar machen. Planung ist auf Zeit bezogen und steht für die Reduktion, wenn nicht für die erhoffte Ausschaltung unvorhergesehener Entwicklungen, für Rationalität, Strategie und Zielstrebigkeit. Einen Plan zu haben, gilt als Vorbedingung des Erfolgs eines jeglichen Unterfangens. Umgangssprachlich haben diejenigen, die „keinen Plan davon“ haben, keine Ahnung. Oder um es mit dem derzeit wohl populärsten und zu Tode gerittenen Schatz an Metaphern zu sagen: Wer keinen Matchplan hat, geht ziellos ins Spiel und wird es nicht weit bringen. Wer planlos handelt, ist verwirrt und ohne Überblick. Anders gesagt, Planlosigkeit steht einer Rationalisierung auf klar definierte Zwecke als eines der Signen der Moderne diametral entgegen. Pläne und Planung finden sich daher zumindest in der modernen Welt überall, oder es wird jedenfalls behauptet, man habe und betreibe sie. Dabei geht es sehr allgemein gesagt um eine paradoxe Zielsetzung: Zukunft verfügbar zu machen, die mit ihr unweigerlich verbundenen Unsicherheiten wenn nicht auszuschalten, so doch einzugrenzen und möglichst zu kontrollieren. Man kann sagen, es geht um die Rationalisierung von Zukunft.

Des ungeachtet sind Plan und Planung nicht überall gut beleumundet. Das gilt vor allem für die „Planwirtschaft“. Dieser Begriff beruht auf der Vorstellung, dass Planung eine ganze Volkswirtschaft oder gar mehrere, miteinander eng verbundene Volkswirtschaften umfassen soll. „Plan“ erscheint in dieser Perspektive als Gegenbegriff zum „Markt“. Planwirtschaftliche Versuche gelten seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems weitgehend als diskreditiert, während „Marktwirtschaft“ vielerorts als unhintergebares „only game in town“ gepriesen wird. Gerade weil an diesem Anspruch Zweifel angebracht sind, aber auch angesichts eines erneuerten Interesses an Alternativen zu einer in existenzielle Krisen treibenden Wirtschafts- und Lebensweise

erscheint es sinnvoll, sich einige der Überlegungen zu vergegenwärtigen, die Konzepten einer geplanten Wirtschaft zugrunde liegen.

Die Tücken des Markts

Ausgangspunkt der Überlegungen zur gesellschaftlichen Planung dürfte das Misstrauen in Annahmen gewesen sein, die in der bürgerlichen Ökonomie mit der „unsichtbaren Hand“ bezeichnet wurden: in die Annahme, ohne bewusstes Eingreifen einer dem Markt äußeren Instanz würden die dort wirkenden Kräfte durch ihre eigene Dynamik dennoch ein Ergebnis herbeiführen, das allen zu Nutz und Frommen gereichen würde. Wenn alle nur konsequent ihre Eigeninteressen vertreten, werde am Ende Harmonie und Proportionalität herrschen. Wie sich bald – in den seit Beginn des 19. Jahrhunderts periodisch einsetzenden Wirtschaftskrisen – zeigen sollte, ist die Realität kapitalistischer Wirtschaftssysteme widersprüchlicher und komplexer. Das ändert nichts daran, dass sich die diesbezüglichen Vorstellungen des 18. Jahrhunderts, die sich vor allem mit den Namen Bernard de Mandeville und Adam Smith verbinden, nach wie vor folgenreicher Beliebtheit erfreuen.

Kommunistische Gegenentwürfe hatten gemeinsam, dass sie der Eigendynamik des Marktes misstrauten. Bei völligem Fehlen persönlichen Eigentums, wie es in vielen Utopien unterstellt und propagiert wurde, ist anderes auch schwer vorstellbar. Die nicht sehr langlebigen kommunistischen Siedlungen, die im 19. Jahrhundert vor allem in Nordamerika realisiert wurden, waren zudem räumlich und zahlenmäßig sehr begrenzt. Das Problem der gesellschaftlichen Koordination, um das es sowohl beim Markt als auch beim Plan im Kern geht, stellte sich daher allenfalls in abgeschwächter Form.

Der „wissenschaftliche Sozialismus“, den Friedrich Engels auf der Grundlage der von Karl Marx und ihm selbst erarbeiteten Einsichten vor allem in die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft propagierte, distanzierte sich eindeutig von den utopistischen Plänen und Experimenten; diese Abgrenzung war auch bereits im *Kommunistischen Manifest* (Marx & Engels 1977 [1848]) deutlich vollzogen worden. Marx hatte sich vehement gegen die Vorstellung gewandt, „Rezepte ... für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“ (1979 [1872]: 25), also die erstrebte Zukunft detailliert auszumalen. Dennoch zeigt eine Lektüre seiner zentralen Werke, in erster Linie der *Kapital*-Schriften, aber etwa auch der Analyse der Pariser Kommune von 1871 im *Bürgerkrieg in Frankreich* oder der *Kritik des Gothaer Programms* von 1875, dass er klare Vorstellungen von einer Alternative zur Herrschaft des Kapitals hatte. Dabei ging es freilich um grundlegende

Verhältnisse, nicht um Einzelheiten, wie sie rund drei Jahrzehnte später der Sozialdemokrat und Statistiker Karl Ballod (Atlanticus) ausmalte, der sich in seinem *Zukunftsstaat* (1898) auch um die Klavier-Produktion kümmerte. Ballod nahm freilich eine Sonderstellung ein.

Ein „Verein freier Menschen“

Marx bezog sich verschiedentlich auf aus der kapitalistischen Gegenwart als Gegenbild projizierte Verhältnisse eines „Vereins freier Menschen“ (Marx 1979 [1872]: 92), etwa im Kontext „de(s) rätselhafte(n) Charakter(s) des Arbeitsprodukts, sobald es Warenform annimmt“ und der daraus sich ergebenden Verkehrungen, durch die das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als „ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen“ erscheint (ebd.: 86). In der „planmäßige(n) Assoziation“ (Marx 1983 [1895]: 673) dagegen „streift] die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, ... ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht“ (Marx 1979 [1872]: 94). Unter diesen Umständen erwartete Marx, dass die Verhältnisse „durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution“ blieben: „Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt“, und „die gesellschaftlich planmäßige Verteilung“ der Arbeitszeit „regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen“. Zugleich „dient die Arbeitszeit als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts“ (ebd.: 93). Für Marx ist dabei klar, dass es sich bei den so gekennzeichneten Verhältnissen um „gemeinsame, d. h. *unmittelbar* vergesellschaftete Arbeit“ handele (ebd.: 92; Hv. RK).

Man kann diesen Aussagen, die aus dem berühmten „Fetischkapitel“ zu Anfang des *Kapital* stammen, drei Grundthesen entnehmen, die folgenreich werden sollten: Zum einen sollte die Arbeit in der planmäßigen Assoziation unmittelbar vergesellschaftet sein, d.h. vor allem ohne Dazwischenkunft des Marktes, der in der kapitalistischen Wirtschaft die vereinzelt Privatarbeiten miteinander vermittelt und damit aus isolierten Produkten ein gesellschaftliches Gesamtprodukt entstehen lässt, das dann auch über den Markt verteilt wird. Dieser Prozess lässt sich nicht gut planen, weil sein Resultat aus vielen einzelnen Entscheidungen hervorgeht, die zudem einander widerstreitenden Interessen entspringen. Mandevilles Annahme einer dennoch spontan eintretenden Harmonie war ja durch die Krisenerfahrungen, die sich seit der

Veröffentlichung der Bienenfabel eingestellt hatten, ebenso widerlegt wie Adam Smiths Hoffnung auf eine „unsichtbare Hand“. Aus der Kritik am Markt ergibt sich daher zweitens die Vorstellung einer Planmäßigkeit auf der Grundlage der Ausschaltung und Überwindung der Marktmechanismen. Wenn die Vermittlung über den Warentausch, also den Markt, wegfällt, muss „gemeinsame Arbeit“ logischerweise „unmittelbar vergesellschaftet“ sein. Die zuvor eintretende Vermittlungsinstanz ist eliminiert. Dabei ist nicht zu verkennen, dass die wenig später zumal in der deutschen Soziologie verankerte Unterscheidung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ (Ferdinand Tönnies) bzw. „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ (Max Weber) hier als eine einheitliche Beziehung behandelt wird. Das ist kein Zufall, denn für Marx ist die auf Arbeitsteilung und Kooperation beruhende Arbeit immer gesellschaftlich, kann aber sehr unterschiedliche Formen annehmen, etwa in der kapitalistischen Fabrik unter dem Kommando des Unternehmers oder eben unter „gemeinsamen“, anders gesagt kommunistischen Verhältnissen im Zusammenschluss „freier Menschen“.

Unmittelbare Vergesellschaftung

Das Prinzip der unmittelbaren Vergesellschaftung hat sich dennoch als problematisch erwiesen. Zunächst einmal ist damit nichts ausgesagt über die Art und Weise, wie etwa über die genauen Proportionen der für bestimmte Produkte aufzuwendenden Arbeitszeit entschieden werden soll. Offen bleibt auch die Bestimmung des „individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit“ ebenso wie des „verzehrbaren Teils des Gemeinprodukts“. Diese Formulierungen verweisen auf Marx' vehemente Zurückweisung der seinerzeit sehr populären, in Deutschland vor allem von den Lassalleanern vertretenen Forderung nach dem „unverkürzten Arbeitsertrag“. Wie Marx in seinen *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* ausführlich darlegte (s. Marx 1973 [1875]: 18-21), ignoriert diese Forderung alle möglichen gesellschaftlichen Aufgaben, die als Abzüge vom gesellschaftlichen Produkt zu berücksichtigen sind, bevor an die Verteilung unter den Individuen gedacht werden kann. Die Instanz, die Marx für solche Entscheidungen im Auge hatte, war ehestens die „Kommune“, wie sie seiner Interpretation nach in Paris 1871 für kurze Zeit bestanden hatte und die er als „wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse“ verstand (Marx 1973 [1871]: 342).

Die Kommune beschränkte sich aufgrund ihrer historischen Existenzbedingungen von März bis Mai 1871 allein auf das von preußischen Truppen eingeschlossene Paris; Marx hob im Hinblick auf die nicht realisierte, ganz Frankreich umfassende Struktur hervor, dass die Kommune von unten nach

oben durch Delegation bis zur „Nationaldelegation in Paris“ (ebd.: 340) aufgebaut war; Vorrang sollte jedoch die „lokale Selbstregierung“ erhalten (ebd.: 341). Perspektivisch sollten die wenigen noch erforderlichen zentralen Funktionen „an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden“, die den „öffentliche(n) Dienst für Arbeiterlohn besorg(en)“ müssten (ebd.: 339). Die so verbleibenden „berechtigten Funktionen“ des Staates sollten „einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden“ (ebd.: 340). Die Dezentralisierung und deutliche Beschneidung des Staatsapparats würde gemeinsam mit der Abschaffung der Armee zugunsten einer Miliz die von den bürgerlichen Revolutionen versprochene „wohlfeile Regierung“ verwirklichen (ebd.: 341).

Dieses keineswegs unumstrittene Bild der Pariser Kommune wurde wirkungsmächtig, weil die Marxisten der folgenden Generationen wie Karl Kautsky im *Weg zur Macht* (1910) und vor allem Vladimir I. Lenin in *Staat und Revolution* (1972 [1917]) darin geradezu die Blaupause entweder zur revolutionären Umgestaltung oder aber zur Zerschlagung des bestehenden Staates erblickten. Freilich hatte Marx, stellt man einmal alle Probleme seiner Interpretation der Kommune und insbesondere von Lenins Wiederaufnahme der Thematik dahin, über die eigentliche Arbeitsweise der Kommune sehr wenig gesagt. Die Modalitäten der Entscheidungen, die sich angesichts der von ihm vier Jahre später in der Auseinandersetzung mit dem Gothaer Programm der SPD erörterten Fragen der Verteilung, aber auch der Organisierung der Produktion aufdrängten, blieben hier völlig ausgespart.

Als sich die Frage der Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaft 1917 mit der Errichtung der Sowjetmacht erstmals ernsthaft stellte, standen daher nicht allzu viele analytische oder sonst konzeptionelle Hilfsmittel zur Verfügung. Die Nachfolger und Epigonen von Marx hatten während des Bestehens der 1889 gegründeten Zweiten Internationale seine Theorie zur kanonischen Lehre umgedeutet (vgl. Kößler & Wienold 2018: 26ff). Dabei nahm die Interpretation der kapitalistischen Krisen in erster Linie als Disproportionalitätskrisen eine zentrale Stelle ein. Wenn die Krisen in erster Linie als Folge ungünstiger Proportionen der einzelnen Wirtschaftssektoren auftraten, so ließ sich dies ehestens durch ein planendes Eingreifen gegen die Anarchie des Marktes beheben. Vor allem Lenin machte gegenüber dem unorganisierten Marktgeschehen die Rationalität geltend, die im kapitalistischen Fabrikbetrieb herrsche. Gesteigert sah er dieses Bild der großen, rationalen Organisation in der damaligen deutschen Post und noch mehr in der deutschen Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkrieges. Er unterstellte dabei, diese großen, geradezu gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftseinheiten

sein zu einer klaren Hinweissweise darauf, dass sich der privatwirtschaftliche Kapitalismus überlebt habe, zum andern stellten ihre Erfahrungen und Praktiken eben deshalb auch Verfahren und Methoden bereit, die über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus Gültigkeit besäßen und für ein sozialistisch/kommunistisches Projekt nutzbar zu machen seien. Dementsprechend bestimmte Lenin in *Staat und Revolution* die wirtschaftliche Organisation nach der bevorstehenden Revolution so, dass „alle Bürger“ zu „Arbeiter(n) und Angestellte(n) eines großen ‘Syndikats’, nämlich des ganzen Staates“ werden sollten (1972 [1917]: 484).

Zur Herausbildung der sowjetischen Planung

Lenins 1917 niedergelegte Vorstellung von dem Staat, wie er unmittelbar aus der Revolution hervorgehen sollte, war klar an der Marx’schen Analyse der Pariser Kommune orientiert. Dies verhinderte, zumal unter den Bedingungen des beginnenden Russischen Bürgerkrieges, nicht schnelle Zentralisierungsprozesse. So wurden die Fabrik- und Betriebskomitees frühzeitig entmachtet (vgl. Kößler 1989); die spätere „Arbeiteropposition“ scheiterte schnell. Der erste Anlauf nach dem Bürgerkrieg zu umfassender Planung war die Arbeit der Staatskommission zur Elektrifizierung Russlands (GOELRO). Wie Lenin (1982 [1921]) seinerzeit betonte, spielte dabei die Arbeit der *spec*, „bürgerlicher“ Spezialisten, eine zentrale Rolle. Lenin ging es um objektive, wissenschaftliche Expertise, die er scharf den aus seiner Sicht scholastischen Argumenten vieler kommunistischer Theoretiker gegenüberstellte. Damit unterstrich er einmal mehr seine Überzeugung, es gebe objektiv gültiges, technologisch anwendbares Wissen. Dieses Wissen, so die implizite Annahme, sei ebenso wie die sachlichen Produktivkräfte nicht entscheidend durch seinen kapitalistischen Entstehungszusammenhang bestimmt oder geprägt und lasse sich demnach ohne größere Schwierigkeiten aus seinen konstitutiven Zusammenhängen herauslösen. Seine Anwendung werde sogar effektiver, da es nun von den Fesseln der kapitalistischen Verhältnisse befreit sei. Die Träger dieses Wissens, die *spec*, mussten – häufig auch durch materielle Privilegien – überzeugt werden, dieses Wissen für die Planungsaufgaben der Sowjetmacht einzusetzen.

GOELRO stützte sich noch weitgehend auf eine Bestandsaufnahme und formulierte Vorgaben für die flächendeckende Elektrifizierung, jedoch auf kaum spezifische Zeitvorgaben. Das sollte sich in der Folge mit der Einrichtung der staatlichen Planungskommission *Gosplan* ändern. In der Folge entwickelte Gosplan konkrete Planungsmethoden, zu denen auch das Prinzip der Zusammenfassung der auf Jahresperioden ausgerichteten Planung in

Fünfjahrplänen gehörte. In der Sowjetunion war dies mit detaillierten Zielvorgaben und Kennziffern nicht etwa nur für Wachstumsraten, sondern für konkrete Produktmengen verbunden. Diese wurden jeweils auf die zeitlichen Abschnitte bezogen. Solche mittelfristigen Planungskonzepte erzielten – zumal nach den stark propagierten Erfolgen in der Sowjetunion – weit über die Sowjetunion hinaus große Resonanz. Sie wurden offenkundig weithin mit Rationalität und beschleunigter Expansion der Wirtschaftsleistung assoziiert. Nicht umsonst legten etwa die Nazis 1936 einen „Vierjahresplan“ auf, der in erster Linie der forcierten Aufrüstung diente und freilich die privatwirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Gesellschaftssystems nicht antastete und ungeachtet der Etablierung einer Kommandowirtschaft nicht eigentlich koordinierende Bedeutung erlangte (vgl. Neumann 1942: Teil II). Die Chance eines beschleunigten Wirtschaftswachstums mit dem zentral gesteuerten Aufbau vor allem der Schwerindustrie bestimmte die Aufnahme von Konzepten gesellschaftlicher Planung etwa in Indien nach der Unabhängigkeit. Fünfjahrpläne wurden und werden unter sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufgestellt – die Bandbreite reicht über China bis Japan und Bhutan (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCnfjahresplan>, letzter Aufruf: 10.9.2018).

Das sowjetische Planungsmodell darf mit dem Anspruch einer umfassenden Planung zwar als Grundmodell dieser unterschiedlichen Konzepte gelten, war aber durch die zentrale staatliche Verfügung über die Produktionsmittel deutlich von Planungsformen unterschieden, die die Eigentumsverhältnisse unangetastet lassen. Allein der dem Anspruch nach umfassende Zugriff machte das Konzept einer allumfassenden Planung möglich.

Widersprüche umfassender Planung

Der erste Fünfjahrplan begann 1928 nicht zufällig mit der Einleitung der umfassenden Kollektivierung der Landwirtschaft und der Beendigung der seit 1921 verfolgten Neuen Ökonomischen Politik, mit der der Versuch verbunden war, zwar die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft zu kontrollieren, sonst aber Marktkräfte zu nutzen. Aus diesem Grund ist die ab 1928 verwirklichte Strategie auch öfters als Rückgriff auf Ansätze des bis 1921 praktizierten Kriegskommunismus bezeichnet worden. Unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der Währung und des Bürgerkriegs hatte die „unmittelbare Vergesellschaftung“ Züge vor allem gegen Bauern gerichteter gewaltsamer Requisitionskampagnen angenommen. Begrifflich galten Plan und Wertgesetz als Gegensätze. Die gewaltsame Durchsetzung staatlicher Vorgaben gilt sicher für die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Insgesamt aber wurde der Wert als Rechnungseinheit beibehalten mit dem Anspruch eines qualitativen Unterschieds, ja polaren Gegensatzes zu kapitalistischen Verhältnissen (s. Köbler & Wienold 2018: 31ff). Es ging dabei vor allem um genaue Buchführung und sparsamen Ressourceneinsatz, die ohne eine geeignete Rechnungseinheit schwer vorstellbar waren, sich allerdings im Verlauf der sowjetischen Planungspraxis bestenfalls als schwer realisierbar erwiesen.

Wesentliches Hindernis war die nach wie vor weitgehend praktizierte Planung in Naturalgrößen, was anders als von den Klassikern erwartet eine Planung in angemessenen Proportionen erschwerte. Darüber hinaus wirkte sich das Bestreben, durch Übererfüllung der Planungsvorgaben den „Aufbau des Sozialismus“ zu beschleunigen negativ auf die vorher anvisierten Proportionalitäten aus, die durch stärkeren Ausstoß in bestimmten Bereichen geradezu untergraben wurden. Eine systematisch geforderte Übererfüllung des Plans konnte zwar die Produktion punktuell steigern, konterkarierte aber die postulierte Rationalität. Demnach wurde dennoch der erste Fünfjahrplan in vier Jahren erfüllt. Die schnelle Industrialisierung ab 1928 hat zweifellos dazu beigetragen, dass die Sowjetunion am Ende dem Überfall Nazideutschlands widerstehen konnte; doch wird die Planmäßigkeit dieses Aufbaus häufig überschätzt. Ab Anfang der 1950er Jahre zeigten sich deutliche Dysfunktionen, insbesondere mit dem säkularen Übergewicht der Schwerindustrie, das allen planerischen Eingriffen bis zum Ende des Sowjetsystems widerstand. Versuche, Marktmechanismen kontrolliert einzuführen und die Arbeitenden stärker mit materiellen Anreizen zu motivieren, waren aufgrund des Verdachts, hier würden Warenverhältnisse neu belebt, umstritten, blieben letztlich aber erfolglos (vgl. auch Conert 1990).

Ein zentrales durch die sowjetische Erfahrung aufgeworfenes Problem betrifft die radikale Politisierung der Wirtschaft. Auch dies ist, zumindest unter den Bedingungen eines zentralisierten Planungs- und darüber hinaus auch Herrschaftssystems, Ausfluss des Versuchs einer unmittelbaren Vergesellschaftung der Produzierenden. Marx hatte noch stark den dezentralen Charakter der angestrebten Verhältnisse betont. Residuale übergreifende Koordinationsfunktionen sollten durch Delegation von unten nach oben wahrgenommen werden, wie dies später von den Rätekommunisten propagiert wurde, die aus der bolschewistisch dominierten Kommunistischen Internationale schnell ausgeschlossen wurden. Diese Konzepte sind bis heute nicht wirklich erprobt worden. Dagegen hat sich gezeigt, dass der Versuch zur betriebsmäßigen Umorganisation der gesamten Gesellschaft, wie Lenin dies gefordert hatte, nicht nur despotische Verhältnisse zumindest begünstigt, sondern auch Dysfunktionen hervorbringt, die sich aus so unterschiedlichen

Gründen ergeben wie den Schwierigkeiten der Planung in Naturaleinheiten, aber auch der Motivation der Produzierenden ebenso wie der von ihnen in der sowjetischen Realität bald scharf geschiedenen Verwaltungskader.

Zweifellos war das sowjetische Modell zutiefst der Moderne und dem Industrialismus verpflichtet. Der Versuch, eine *nichtkapitalistische* Industriestruktur und damit auch eine von kapitalistischen Verhältnissen divergierende Moderne zu schaffen, ist neben der Gegnerschaft der industriekapitalistisch geprägten Staaten auch an inneren Widersprüchen gescheitert, zu denen wesentlich die kurz angesprochenen Planungsinstrumente zählten.

Das Dilemma der Gegenwart

Lassen sich an historischen Erfahrungen Kriterien für das Mögliche sowie das Unmögliche gewinnen, so steht die sowjetische Erfahrung in erster Linie für Letzteres. Dies gilt insbesondere für die auch von Karl Marx an unmittelbare Vergesellschaftung geknüpften Hoffnungen. Die Frage muss vorerst offen bleiben, wie die Koordination komplexer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme gelingen kann, die die Lehren des Scheiterns des bolschewistischen Experiments ebenso ins Kalkül nimmt wie die offenkundig das Überleben der Menschheit gefährdenden Konsequenzen des noch gewaltigeren Experiments der kapitalistischen Moderne.

Damit ist eine doppelte Problematik beschrieben: Auch jene, die heute einsehen, dass die Grundstrukturen, die Produktions- und Lebensweisen der gegenwärtigen Gesellschaften zumindest mittelfristig unhaltbar sind, sehen sich kaum in der Lage, tragfähige Alternativen zu gewinnen. Solche Alternativen, oft gefasst als geradezu unvermeidliche Zukunftsperspektiven, besaßen seit spätestens dem beginnenden 19. Jahrhundert für die große Mehrheit der westlichen, bald auch globalen Linken einen sozialen Ort in der als wesentlich revolutionär ausgezeichneten Arbeiterklasse. Seit 1917 besaßen solche Perspektiven, unabhängig davon, wie man das sowjetische Experiment bewertete, auch einen geographischen Ort – bald nach dem Zweiten Weltkrieg sogar mehrere, konkurrierende. China oder Cuba, zeitweise kamen beispielsweise auch Tanzania oder Moçambique hinzu. Alle diese Orte stehen heute nicht mehr zur Verfügung.

Da Realismus fast immer einen Schritt in die richtige Richtung darstellt, kann man dies als Weg zur Einsicht in die Notwendigkeit von Utopie im strengen Sinn begrüßen. Dennoch wird es schwerfallen, Menschen von der Notwendigkeit einer Veränderung zu überzeugen, wenn nur wenig darüber gesagt werden kann, wie es anders denn sein könnte. Deshalb ist das Wissen über das Unmögliche nur hilfreich, wenn sich Perspektiven des Möglichen

anschließen. Die Einsicht in die Unmöglichkeit einer unmittelbaren Vergesellschaftung durch den umfassenden Plan legt es daher nahe, über die andere Form der Koordination komplexer Gesellschaften erneut nachzudenken, den Markt. Hier sind nur Andeutungen möglich. Erinnerung sei an die Unterscheidung zwischen Marktgeschehen und Kapitalismus, die Fernand Braudel sowohl in seiner großen Sozialgeschichte des 16. bis 18. Jahrhunderts, als auch pointiert in *Die Dynamik des Kapitalismus* entwickelt hat: Das Geschehen auf dem Marktplatz ist nicht sofort gleichzusetzen mit dem Agieren von Großkonzernen. Diese wiederum operieren im Gegensatz zu neoliberalen Unterstellungen gerade nicht auf einem „freien“, sondern allenfalls auf einem extrem vermachteten Markt, auf dem gerade auch Informationen keineswegs allen, sondern nur wenigen Privilegierten zur Verfügung stehen. Diane Elson (1988) hat vor dem Hintergrund solcher Einsichten vor 30 Jahren für eine „Sozialisierung des Marktes“ plädiert, der institutionelle Voraussetzungen für eine egalitäre Beteiligung zugrunde liegen müssten. Die einst von Marx geforderte Transparenz wäre dann nicht durch eine direkte Vergesellschaftung zu erreichen, sondern durch Vorkehrungen zur Sozialisierung von Information und Wissen. Damit wäre keineswegs „der Markt“ rehabilitiert; es ginge vielmehr darum, dieses Konzept so zu dekonstruieren, dass die Machtverhältnisse sichtbar würden, die bestehende Märkte bestimmen. Die Frage wäre dann, ob sich eine mediatisierte Koordination jenseits dieser Machtverhältnisse herstellen ließe.

Literatur

- Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*. Münster.
- Elson, Diane (1988): „Market Socialism or Socialising the Market“. In: *New Left Review*, Bd. 1/172, S. 3-44.
- Kößler, Reinhart (1989): „Überstunden für die ‘Aurora’. Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917 zwischen Betriebsräson und Selbstbestimmung“. In: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Nr. 10, S. 15-40.
- Kößler, Reinhart, & Hanns Wienold (2018): „Der Wert in der Warengesellschaft. Gedankending oder Realabstraktion“. In: Bittlingmayer, Uwe; Alex Demirovic & Tatjana Freytag (Hg.): *Handbuch Kritische Theorie*. Heidelberg (https://doi.org/10.1007/978-3-658-12707-7_50-1).
- Lenin, Vladimir Iljitsch (1972 [1917]): „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“. In: *Lenin Werke (LW)*, Bd. 25, Berlin (DDR), S. 393-507.
- Lenin, Vladimir Iljitsch (1982 [1921]): „Über den einheitlichen Wirtschaftsplan“. In: *LW*, Bd. 32, Berlin (DDR), S. 132-141.
- Marx, Karl (1973 [1871]): „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation“. In: *MEW*, Bd. 17, Berlin (DDR), S. 313-365.

- Marx, Karl (1979 [1872]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Buch 1. Der Produktionsprozeß des Kapitals, 2. Aufl. (1867) = Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1973 [1875]): „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. In: *MEW*, Bd. 19, S. 15-23.
- Marx, Karl (1983 [1895]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. Buch III. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. = MEW, Bd. 25, Berlin (DDR).
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1977 [1848]): „Manifest der Kommunistischen Partei“. In: *MEW*, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Neumann, Franz (1942): *Behemoth. The structure and practice of National Socialism*. Toronto, CA-ON.

Anschrift des Autors:
Reinhart Kößler
r-koessler@gmx.de